Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

22.12.1928 (No. 300)

Visual Library

Nr. 300 Samstag, den 22. Dezember 1928 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und eine Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Severing über seinen Schiedsspruch

In einem Artikel setzt Reichsinnenminister **Severing** die Gründe auseinander, die ihn dazu bestimmt haben, das Amt des Schiedsrichters in dem rheinisch-westfälischen Konflikt zu übernehmen. Er weist darauf hin, daß der Kampf kein örtlich begrenzter Lohnkampf, sondern eine Auseinandersetzung war, die das **ganze Wirtschaftsleben** in Mitleidenschaft zu ziehen drohte. Wenn mit seinem Schiedsrichteramt der Einsatz seines guten Rufes verbunden war, dann war es gerade Pflicht, ihn in so wichtiger Sache zu wagen.

Was die **Auswirkungen** der Lohn- und Akkordverbesserungen anlangt, so sind, so schreibt Severing, trotz sorgfältigster Prüfung der vorhandenen Unterlagen genaue Zahlenangaben darüber noch nicht beizubringen. In der **erzeugenden Industrie** sind rund 100 000 Arbeiter beschäftigt, von denen etwa 15 Proz. im Zeitlohn, 85 Proz. im Akkord arbeiten. In der weiterverarbeitenden Industrie beträgt die Arbeiterzahl 120 000, von denen etwa 40 Proz. im Zeitlohn beschäftigt sind. Aber auch unter zur Hilfenahme dieser Zahlen läßt sich genau noch nicht errechnen, wie sich in den einzelnen Alters- und Lohngruppen die Lohn- und Akkordverbesserungen auswirken. Das Lohnsystem in der nordwestlichen Eisenindustrie hat sich allmählich so unübersichtlich gestaltet, daß es fast zur Geheimwissenschaft der unmittelbar Beteiligten geworden ist. Zum Schluß bemerkt Severing, daß, wenn die Lehren des Kampfes beherzigt würden, der Weg für eine planmäßige Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in dieser Industrie freigemacht sei.

Die Aufnahme des Severingschen Spruchs

Über die Aufnahme des von Severing gefällten Schiedsspruches für die nordwestdeutsche Eisenindustrie berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung" aus Essen u. a.:

Eine offizielle Äußerung von **Arbeitgeberseite** zu dem Schiedsspruch liegt bisher nicht vor. Fest steht einstweilen nur, daß der Inhalt des Schiedsspruchs eine schwere Belastung für das Eisengewerbe bedeutet, die sich für die großen Konzerne rechnungsmäßig auf einige Millionen Reichsmark im Jahre beläuft. Die Werkleitungen sind dabei, die Wirkungen der komplizierten Einzelheiten des Spruchs auf die Selbstkosten der Erzeugnisse zu überrechnen. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird zu Beratungen darüber führen, ob es angängig ist, durch **Preiskorrekturen** nach oben die Folgen des Schiedsspruchs für die Werke etwas zu mildern. Schon der Feiertage wegen nimmt man an, daß wenigstens 14 Tage vergehen werden, bevor diese Frage zur Entscheidung reif wird. Im allgemeinen geht das Urteil der Arbeitgeber dahin, daß der Spruch Severings doch weitgehend von politischen Rücksichten beeinflußt ist. Man verkennt dabei gar nicht die schwierige Lage, in der sich der Minister befand. **Anerkannt wird** von Arbeitgeberseite, daß in der Begründung des Schiedsspruchs manches mutige Wort steht, das — von dieser Seite kommend — besondere Beachtung verdient. Auch in der Befristung des Schiedsspruchs auf fast zwei Jahre liegt ein Aktivum, das wohl geeignet ist, über manche Härten des Spruchs hinwegzutrösten.

Über die Auffassung in den Kreisen der **Arbeitnehmer** äußern sich die Blätter noch nicht.

Die Renten der Standesherren

Der vom Reichsjustizminister **Koch-Weser** vorgelegte Entwurf über die **Abfindung der Standesherren**, der dem **Reichsrat** zugeleitet worden ist, und der eine endgültige gesetzgeberische Regelung der Rentenverpflichtungen bezweckt, sieht unter anderem, wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, einen entschädigungslosen **Fortfall der Hoheitsrenten** und der sogenannten „unsittlichen" Renten vor. Im übrigen schlägt der Entwurf in Anlehnung an die Anleiheablösung vor, die **Rentenverpflichtungen** grundsätzlich auf 8 Proz. ihres Goldmarkbetrages festzusetzen. Eine Abweichung davon ist nur vorgesehen für den Fall, daß die Renten als Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust von **Grundbesitz** begründet sind, der von dem letzten Grundbesitzer auf Grund privatrechtlichen Titels erworben war. Diese Renten werden auf 25 v. H. festgesetzt. Um eine rasche Erledigung herbeizuführen, wird die Entscheidung in erster und letzter Instanz dem Reichsgericht und in minder bedeutenden Fällen den Oberlandesgerichten übertragen. Von der vorgeschlagenen Regelung unberührt bleiben die nach der Staatsumwälzung geschlossenen Vergleiche und rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidungen.

Schaumburg-Lippe und Preußen.

Der Reichsminister des Innern Severing hat sich laut „B. T." bereit erklärt, in der Angelegenheit der **Wiederaufnahme** der **Anschlußverhandlungen** zwischen **Preußen** und **Schaumburg-Lippe** die Vermittlung zu übernehmen und für Aufnahme der Vorverhandlungen einen Beamten seines Ministeriums nach Bückeburg mit dem Auftrage zu entsenden, die Verhältnisse zu studieren. Die Verhandlungen zwischen Schaumburg-Lippe und Preußen sind, wie erinnerlich, vor einigen Jahren abgebrochen worden, nachdem die Volksabstimmung ein negatives Resultat gezeitigt hatte. Die neue Behandlung der Anschlußfrage ist in erster Linie auf eine Veränderung in der Wirtschaftslage Schaumburg-Lippes zurückzuführen.

Eine neue Verhaftung durch die Besatzungsbehörde. Havas meldet aus **Mainz**: Die von der französischen Sicherheitspolizei im besetzten Gebiet entdeckte Spionageaffäre hat heute vormittag zu einer neuen Verhaftung in **Koblenz** geführt. Es handelt sich um einen Beamten der gleichen Verwaltungsbehörde, der auch die bisher Verhafteten angehörten.

Letzte Nachrichten

Das Rücktrittsgesuch Dr. Simons

Weiterführung der Geschäfte bis April

WTB. Berlin, 22. Dez. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag 11 Uhr den Reichsgerichtspräsident Dr. Simons zu einer Aussprache über den zwischen dem Staatsgerichtshof und der Reichsregierung entstandenen Konflikt. An der Besprechung, die bis nach 12 Uhr andauerte, nahmen ferner der Reichskanzler, der Reichsjustizminister, und Staatssekretär Dr. Meißner teil. Am Schluß der Aussprache erklärte der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, er sei zwar nach den Darlegungen des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichsjustizministers überzeugt, daß die Absicht einer Nichtachtung des Staatsgerichtshofs und seiner Entscheidung seitens der Reichsregierung nicht vorliege, müsse aber dennoch mit Rücksicht auf die von ihm von Anfang an eingenommene Stellungnahme auf seinem Abschiedsgesuch beharren. Gleichzeitig erklärte sich der Reichsgerichtspräsident auf Wunsch des Reichspräsidenten und der Reichsregierung bereit, im Hinblick auf die Geschäftslage des Reichsgerichts sein Amt bis zum April kommenden Jahres weiterzuführen.

Amerika und die Reparationsfrage

WTB. **Washington**, 22. Dez. (Tel.) Im Weißen Hause wird erklärt, **Coolidge** habe bisher eine Anfrage betr. **amerikanischer Sachverständiger** für die Reparationsfrage von den europäischen Regierungen nicht erhalten. Wenn es zu einer Anfrage komme, werde er sie **wohlwollend prüfen**. Coolidge hält zwar die Reparationsfrage für eine rein europäische Angelegenheit; es scheine aber, daß Europa die Frage nicht allein lösen könne. Bezüglich des Mandats der Sachverständigen richtet der Präsident die Mahnung an die europäischen Regierungen, daß weder Deutschland seine Sachverständigen beauftrage, zu sagen „wir können nur soviel zahlen", noch die Alliierten ihre Sachverständigen anweisen, nicht unter einen bestimmten Satz herunterzugehen. **Nur in freier Würdigung aller Faktoren** könne eine Lösung gefunden werden.

Japan und die englische Chinapolitik

WTB. **London**, 22. Dez. (Tel.) „Daily Telegraph" berichtet aus Tokio: Es wird für unwahrscheinlich angesehen, daß die **Anerkennung der Nankingregierung** durch **Großbritannien** den Grundsatz der **japanischen Politik**, daß die Anerkennung erst erfolgen kann, wenn eine Regelung der wichtigsten zwischen Japan und China schwebenden Fragen erzielt ist, auch nur im geringsten beeinflussen wird.

Die Lage in Afghanistan

WTB. **London**, 22. Dez. (Tel.) „Times" meldet aus **Peschawar**: Die Meldung, daß **Amanullahs Bemühungen**, Truppen gegen die Aufständichen auszuheben, sich als erfolgreich erweisen, und daß sich Männer aus verschiedenen Teilen des Königreichs stellen, scheinen sich zu **bestätigen**. Die allgemeine Lage spricht gegen die Auffassung, daß ganz Afghanistan sich gegen Amanullah erhoben habe, und vermehrt die Hoffnung, daß es dem **König** mit Hilfe der ausgehobenen Truppen und angesichts des Einflusses des winterlichen Wetters auf die Aufstandsbewegung gelingen wird, **seine Autorität wiederherzustellen**.

Verlegung der Technischen Hochschule Stuttgart? Staatspräsident Dr. **Bolz**, Finanzminister Dr. **Dehlinger** und der Präsident der Bauabteilung des Finanzministeriums, **Kuhn**, haben, wie aus **Stuttgart** gemeldet wird, dieser Tage die von der Stadt **Ludwigsburg** angebotenen Plätze für eine etwaige **Verlegung der Technischen Hochschule** besichtigt. Die in Betracht kommenden Baugelände haben den Beifall der Kommission gefunden. Die zuständigen staatlichen Behörden sind zur Zeit lebhaft mit der Klärung der Bauplatzfrage beschäftigt, weil eine Entscheidung zur Aufstellung des Finanzetats für 1929 bald getroffen werden muß.

Die Stellung der Werftarbeiter zum Schiedsspruch. Entgegen anderslautenden Meldungen verlautet von beteiligter Seite aus **Kiel**, daß die **Annahme des Schiedsspruches** für die Werftarbeiter durch die **Gewerkschaften** noch **durchaus nicht sicher** sei. Sowohl die Zentralwerftkommission als auch die Verhandlungskommission würden ähnlich wie die Werftarbeiterkonferenz, die gestern in Lübeck abgehalten wurde, den Spruch zur **Annahme nicht empfehlen**.

Der Kleistpreis für das Jahr 1928 ist von dem Vertrauensmann Hans Henny Jahnn an die 28jährige **Anna Seghers** in Berlin für die beiden Novellen „Aufstand der Fischer von St. Barbara" und „Grubetsch" verliehen worden. Ferner hat Hans Henny Jahnn den folgenden Autoren eine „Ehrenvolle Erwähnung" zuerkannt: Peter Martin Lampel, Hermann Kästen, Hans Reiser, Boris Silber, Wolfgang Weyrauch, Ernst Gläser, Peter Werder.

* Badens Protest

Die große Mehrheit der badischen Bevölkerung wird dem **Staatsministerium dankbar** sein, daß es die Interessen unseres Landes in der bekannten Reichsbahnangelegenheit mit Würde und mit Entschiedenheit vertritt. Der badischen Regierung liegt sicherlich alles andere näher, als der Gedanke, von sich aus einen Streit mit dem Reich heraufzubeschwören. Wenn man in unserem Lande herumhorcht und dabei nicht grade mit extremen Unitariern spricht, kann man sogar viel eher die Meinung hören, daß die badische Regierung bisher zu geduldig und zu nachgiebig Berlin gegenüber gewesen sei. Wenn auch diese Meinung sicherlich nicht zutrifft, so ist sie doch für die Beurteilung der Stimmung in der Bevölkerung lehrreich genug und der Regierung zweifellos ein erneuter Beweis dafür, daß man eine **energische Wahrnehmung unseres klaren Rechts** bei uns nur begrüßt.

Um nichts anderes, als um die Wahrnehmung eines klaren Rechts handelt es sich bei dem Vorgehen der badischen Regierung. Wie sehr sie bestrebt gewesen ist, auch noch in der letzten Sekunde Konflikte zu vermeiden, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie noch vorgestern den Versuch gemacht hat, eine Verständigung in der Frage der Besetzung des Reichsbahnverwaltungsrats herbeizuführen. Die Antwort des Reichskanzlers lautete **verneinend**.

Sie lautete verneinend, obwohl die Reichsregierung genau darüber unterrichtet ist, daß das Recht auf Seiten Badens liegt. Die ganze voreilige Aktion der Reichsregierung bei der Ernennung der neuen Verwaltungsratsmitglieder wird ja überhaupt nur dadurch erklärt, daß sie (die Reichsregierung) wohl mit einem für sie **ungünstigen** Entscheid des Staatsgerichtshofs gerechnet hat. Es gibt gewiß ein Argument, welches neben den vielen Argumenten, die für die Länder und damit auch für Baden sprechen, für die Reichsregierung geltend gemacht werden könnte. Und das ist, daß das Reich, wenn es den Rechtsansprüchen der Länder nachkommen würde, zu wenig stark vertreten wäre. Bei näherer Betrachtung erweist sich dieses Argument aber wohl als hinfällig. Denn einer Vergrößerung des Reichsbahnrats um ein paar Sitze stände nichts im Wege. Man könnte die Zahl der Mitglieder von 18 auf 24 erhöhen, ohne daß dadurch neue Unkosten sich ergeben würden, nämlich in der Weise, daß man das exorbitante Gehalt von 50 000 *RM*, das jetzt ein Reichsbahnratmitglied — neben manchen andern Einkünften — bezieht, auf 30 000 oder 40 000 *RM* reduziert.

Die Reichsregierung weiß, daß der Rechtsstandpunkt Badens nur zu begründet ist, und sie hat ihn seinerzeit ausdrücklich **anerkannt**. Dennoch hat sie sich über diesen Rechtsstandpunkt hinweggesetzt, genau so, wie sie sich an die Abmachung mit dem Reichsgerichtspräsidenten, nach welcher die Beteiligten die für den 15. Dezember zu erwartende Entscheidung des Staatsgerichtshofs **abwarten** wollten, nicht gehalten, sondern am 14. Dezember von sich aus die Ernennung vollzogen und an demselben Tage erst dem Staatsgerichtshof telephonisch die entsprechende Mitteilung davon gemacht hat.

In die Weihnachtsstimmung paßt der ganze Konflikt wirklich nicht hinein. Aber kein gerecht denkender Volksgenosse wird behaupten können, daß die Länder oder der Staatsgerichtshof an ihm schuld seien.

Die Aufwertung der Sparguthaben in Preußen. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern auf Grund des § 58 des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz) vom 16. Juli 1925 soeben folgendes angeordnet: 1. Die aufgewerteten Sparguthaben bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen sind vom 1. Januar 1929 an bis auf weiteres mit jährlich 5 Proz. zu verzinsen. 2. Die Gläubiger können die Auszahlung der Zinsen zum Ende eines jeden Kalenderjahres verlangen, sofern die Zinsen eine Reichsmark oder mehr betragen. — Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1929 in Kraft.

Ein neues faschistisches Arbeiterblatt in Italien. Mit dem Samstag stellt „Lavoro d'Italia" in Rom sein Erscheinen ein. Das Blatt war zuerst das Organ des Führers der Arbeitnehmer Rossoni. In den nächsten Tagen wird unter dem Namen **„Lavoro Fascista"** ein neues Organ der sechs großen Arbeitnehmerverbände erscheinen, dessen Leitung die sechs Präsidenten der einzelnen Arbeitnehmerverbände übernehmen werden. Die Redaktion und das Arbeitspersonal des „Lavoro d'Italia" wird gänzlich von „Lavoro Fascista" übernommen.

Mit der Beilage: 6. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Reichsbahnkonflikt

Die Verwahrung Württembergs

Auch das Württ. Staatsministerium hat, wie gemeldet, gegen das Vorgehen der Reichsregierung bei der Ernennung der **Verwaltungsratsmitglieder der Deutschen Reichsbahngesellschaft schärfste Verwahrung** eingelegt und sein Bedauern über die Zuspitzung des Streitfalles ausgedrückt, für die Württemberg keine Verantwortung treffe. Es heißt dann weiter:

„Mit Rücksicht auf irreführende Pressemeldungen ist folgendes festzustellen: Der Rechtsstreit vor dem Staatsgerichtshof ist nicht von Württemberg ausgegangen, vielmehr hat die Reichsregierung in einer negativen Feststellungsklage gegen Württemberg, dessen Rechtsanspruch auf Benennung eines Verwaltungsratsmitgliedes bestritten. Die württembergische Regierung hat in dieser Frage **immer eine Verständigung gesucht.** In einer Besprechung im Juni 1928 hatte der damalige Reichskanzler aber jeden Vermittlungsvorschlag abgelehnt und nur zugesichert, er werde Preußen nicht anders als die anderen Länder behandeln. Trotzdem hat die Reichsregierung nunmehr, ohne mit der württembergischen Regierung Fühlung zu nehmen, Preußen eine Stelle im Verwaltungsrat eingeräumt. **Sie hat also ihre Zusicherung nicht gehalten.** Für die Notwendigkeit, die Ernennung gerade am 14. Dezember, einen Tag vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorzunehmen, gibt die Erklärung der Reichsregierung keine stichhaltige Begründung, den weder im Reichsbahngesetz, noch in der Gesellschaftssatzung ist vorgeschrieben, daß die Ernennung gerade auf diesen Zeitpunkt zu erfolgen habe. Es liegt auf der Hand, daß die Reichsregierung einen bei weitem genügenden Einfluß auf die Reichsbahn ausüben kann, auch wenn sie den Eisenbahnländern einige Sitze im Verwaltungsrat einräumt; zum mindesten hätte man erwarten können, daß das Reich, das den Ländern noch immer ihre Abfindungen für ihren wertvollen Eisenbahnbesitz vorenthält und bisher nicht einmal Zinsen bezahlt hat, nicht in dieser schroffen Weise über weitere Vertragspflichten sich hinwegsetzt."

Der Standpunkt der sächsischen Regierung

Der sächsische Ministerpräsident hat durch den sächsischen Gesandten an den **Reichskanzler** in Berlin ein Schreiben überreichen lassen, in dem nochmals eingehend der gesamte Fragenkomplex betreffend die Neubesetzung der **Verwaltungsratsposten bei der Reichsbahn** behandelt wird, die durch die erfolgte Ernennung geschaffene neue Lage geprüft und nochmals der Anspruch Sachsens auf einen Verwaltungsratsposten betont wird. In dem Schreiben heißt es zum Schluß, daß die sächsische Regierung mit **allen verfassungsmäßigen Mitteln** ihr Ziel weiterverfolgen werde. Die Reichsregierung wird ersucht, die Ernennungen der Verwaltungsratsmitglieder auf jede nur mögliche Weise **rückgängig zu machen** und eine sofortige Verhandlung zur Hauptsache bei dem Staatsgerichtshof herbeizuführen.

Ein Ehrendenkmal in Essen. Auf dem Essener Ehrenfriedhof wurde Donnerstag nachmittag das von Professor **Lederer** geschaffene Denkmal für die am Karsamstag 1923 den französischen Kugeln zum Opfer gefallenen Angehörigen der Krupp'schen Werke in die Obhut der Stadt Essen übergeben. Herr Krupp von Bohlen und Halbach gab in seiner Ansprache einen Rückblick auf die schwere Zeit der Besetzung und betonte, daß der Tod der Dreizehn mit dazu beigetragen habe, daß wir heute wieder auf freiem Boden stehen.

Drahtlose Verbindung Deutschland—Argentinien. In Berlin wurde Freitag nachmittag zum ersten Male weiteren Kreisen das technische Wunder eines drahtlosen Telephongespräches zwischen Deutschland und Argentinien vorgeführt. Damit wurde der Telephonverkehr zwischen Deutschland und Argentinien offiziell eröffnet. Die Gespräche wurden auf den Berliner Rundfunksender übertragen, so daß die Berliner Radiohörer Gelegenheit hatten, die Gespräche mit Südamerika anzuhören.

Vorbereitungen zum Nordpolflug. Die sowjetistische Sektion der Aeroarktik hielt in **Leningrad** eine Sitzung ab, in der über verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung des bevorstehenden Nordpolfluges des Luftschiffes **„Graf Zeppelin"** beraten wurde. Zur Orientierung des Luftschiffes, das auch Gebietsteile der Sowjetunion überfliegen wird, soll in den arktischen Wetterwarten und Funkstationen der Sowjetunion ein regelmäßiger Wetter- und Nachrichtendienst eingerichtet werden.

Das Reichskabinett verabschiedete am Freitag den Entwurf eines Gesetzes über Änderung der Rechtsverhältnisse der **Wartegeldempfänger,** welcher sofort dem Reichsrat zugeleitet wird.

Zum Präsidenten des Reichspatentamtes ist Landgerichtsdirektor **Eylau** (Berlin) ernannt worden.

Die Berliner Bauausstellung 1930 wird nach einem Beschluß der Stadtverordneten stattfinden. Zur Durchführung der Veranstaltung auf dem Messegelände in Witzleben wurden Mittel in Höhe von 13,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt, von denen allerdings fünf Millionen ein rückzahlbares Darlehen an die Messegesellschaft darstellen.

Die Zukunft des Mannheimer Theaters. Schon wiederholt ist auf die schwierige Lage des Mannheimer Nationaltheaters hingewiesen worden, wie sie auch an anderen Theatern vorherrscht. Das immer mehr anwachsende Defizit beläuft sich jetzt auf 1,8 Millionen Reichsmark. Die Frage nach der Zukunft des Mannheimer Theaters wird durch das bevorstehende 150-Jahr-Jubiläum besonders akut. Intendant **Sioli** hat in einer Pressebesprechung Aufschlüsse über die gegenwärtige Lage gegeben und dabei besonders betont, daß Ur- und Erstaufführungen bereits den Dekorationsfonds von 65 000 *RM* aufgebraucht hätten und es infolgedessen unmöglich sei, das aufgestellte Spielplanprogramm durchzuführen, und Neueinstudierungen auch neu zu inszenieren. Für die geplante Jubiläumswoche seien mindestens 10 000 *RM* erforderlich, die aufzubringen von der Stadt abgelehnt wurde. Da aber Mannheim es sich selbst schuldig sei, dieses Jubiläum in würdiger Weise zu begehen, müssen die Mittel unbedingt auf irgendeinem Wege durch den Festausschuß zusammengebracht werden. Aber selbst wenn dies geschehen ist, bleibt die Fortführung des Theaters überhaupt eine der wichtigsten Entscheidungen der kommenden Mannheimer Budgetberatung.

Gastspiel des Freiburger Stadttheaters in Straßburg. Das Stadttheater in Freiburg ist vom Bürgermeister der Stadt Straßburg als erste deutsche Reichsbühne zu einem Gastspiel eingeladen worden. Das Stadttheater wird am 28. Dezember das Trauerspiel „Emilia Galotti" im Straßburger Stadttheater in deutscher Sprache zur Ausführung bringen. Der Aufführung geht ein einleitender Vortrag des Intendanten Dr. Max **Krüger,** Freiburg, voraus.

Deutsche Gelehrte im belgischen Museumswesen. Geheimrat Friedrich **Dörnhöffer,** Generaldirektor der Bayrischen Staatlichen Sammlungen in **München,** sowie Universitätsprofessor August L. **Mayer** wurden zu korrespondierenden Mitgliedern der Kommissionen für antike und moderne Kunst an den kgl. belgischen Museen ernannt.

Stresemanns Bericht

Ein hoffnungsvollerer Ausblick?

Das **Reichskabinett** hat in einer Sitzung am Freitag den Bericht des Reichsaußenministers Dr. **Stresemann** über die in **Lugano** stattgefundene Tagung des **Völkerbundsrats** und die dort geführten Verhandlungen entgegengenommen. Es stimmte, wie amtlich gemeldet wird, den Darlegungen des Ministers **einstimmig** zu.

*

Von welchen Auffassungen Dr. **Stresemann** bei seinem Bericht sich hat leiten lassen, kann wohl aus den Mitteilungen der den Außenminister parteipolitisch nahestehenden „Nationalliberalen Korrespondenz" geschlossen werden.

„Wir glauben zu wissen", heißt es in den Ausführungen, „daß man auch über die Idee einer allmählichen und **etappenweisen vollständigen Räumung gesprochen** und diese Idee mit Recht **abgetrennt hat.** Wir glauben auch, überzeugt zu sein, daß Herr **Briand** das ganze Verhängnis der Rheinlandbesetzung erkennt und ein Zusammenwirken der drei Mächte in allen großen Fragen nicht nur wünscht, sondern auch befürworten wird." Zur Frage der **Feststellungskommission** bemerkt die Korrespondenz: „Hoffentlich ist es dahin gekommen, daß man diesen Wechselbalg der Kommission mindestens nach dem Jahre 1935, besser noch sofort, ins Grab gelegt hat. Bleibt nicht die Möglichkeit, irgendeinen Schiedsrichter anzurufen?" Die Rede des polnischen Außenministers **Zaleski** wird als ein Überfall bezeichnet, den die Polen überraschend aus dem Hinterhalt auf die deutsche Delegation unternahmen. Dieser Angriff sei von den Polen sorgfältig vorbereitet worden. Diesem Aufwand propagandistischer Geschicklichkeit habe freilich der Erfolg nicht entsprochen. Schließlich wird auf die Bedeutung des gemeinsamen **Schlußkommuniqués** hingewiesen, in dem erklärt wird, daß das hervorragendste Zeichen der Aussprache den Drang zur restlosen Wahrheit und Klarheit sei, wie zu einer gegenseitigen Aufrichtigkeit. Das mache den Rückblick auf Lugano zu einem **hoffnungsvollen Ausblick** in die Zukunft.

Ein Attentat auf Fachot

Der Täter ein Elsässer

Auf den früheren Staatsanwalt **Fachot,** der durch seine Tätigkeit bei dem sogenannten Colmarer Autonomistenprozeß bekannt geworden ist, und Rat am Pariser Kassationshof wurde, wurde Freitag vormittag ein Attentat verübt. Fachot wurde an seiner Wohnungstür von einem **Unbekannten überfallen,** der drei Revolverschüsse auf ihn abgab. Fachot brach am Unterleib schwer verwundet zusammen.

Der **Täter** entkam, **stellte** sich jedoch **später selbst.** Er ist im Elsaß (Walburg) 1900 geboren und heißt George Benoit. Nach seinen Angaben ist er eine Zeitlang in Straßburg Schlächter gewesen und vor einem Monat nach Paris gekommen. Seit längerem hat er nicht mehr gearbeitet, sondern sich auf die Suche nach Fachot gemacht. Benoit hat, wie Havas berichtet, bei seiner ersten Vernehmung zugegeben, daß er Autonomist sei und **Elsaß-Lothringen habe rächen wollen.** Während er krank war, habe er die Berichte über den Colmarer Prozeß gelesen und sich dabei die Auffassung gebildet, daß Generalstaatsanwalt Fachot für die Festnahme der Autonomisten verantwortlich sei. Er habe zugestanden, Autonomist zu sein; jedoch treibe er nicht aktiv Politik. Er sei Separatist, aber in individueller Form. Er habe geglaubt, in Fachot die Ursache allen Unheils zu beseitigen. Benoit, der während seiner Vernehmung weinte, und nachdrücklich betonte, daß er unabhängig sei und keiner politischen Gruppe angehöre, hat zu seinem Verteidiger, Rechtsanwalt **Klein,** der auch im Colmarer Autonomistenprozeß als Verteidiger fungierte, gewählt.

*

Der Autonomist Generalrat **Hauff,** einer der Angeklagten des Colmarer Prozesses, empfing Freitag abend einen Brief mit ziemlich verwirrten Schriftzügen, der G. B. unterzeichnet war. In diesem Brief steht: „Ich habe die Ehre, Ihnen bekannt zu geben, daß man demnächst versuchen wird, Sie in einen neuen Konflikt zu verwickeln. Dieser Konflikt bin ich ganz allein. Entschuldigen Sie meine Handlung. Ich habe sie ausgeführt, weil ich meinem Lande zu dienen glaubte. Nehmen Sie sich meiner Frau und meiner Kinder an. Ich werde meine Tage sicher im Gefängnis beenden." Auf der Rückseite des Briefes steht: „Es lebe Rosé! Es lebe Ricklin! Es lebe Lothringen!" — Generalrat Hauff teilte dieses Schreiben sofort der Polizei mit.

Ein Zwischenfall in Kairo. In Kairo wurde ein Kadett des deutschen Kreuzers **„Berlin"** von einem englischen Soldaten geschlagen. Der englische Kommandant begab sich sofort zum deutschen Gesandten, womit der Zwischenfall als beigelegt betrachtet wird.

Die Gasexplosion in London

Freitag nachmittag ist es schließlich mit Gasmasken versehenen Arbeitern gelungen, das große **Gashauptrohr,** aus dem seit der Explosion Gas ausströmte, **abzusperren.** Sachverständige wie Beamte sind der Ansicht, daß die größte Gefahr nunmehr beseitigt ist, obgleich es immer noch nicht ganz ausgeschlossen ist, daß sich eine weitere Explosion ereignet. Wie verlautet, wird die Regierung eine Untersuchung anstellen, um die Schuldfrage zu klären.

Ein Riesenbrand in New York

WTB. NewYork, 22.Dez. (Tel.) In dem prachtvollen noch nicht fertiggestellten Bau der **Neuen Baptistenkirche,** die in der Nähe der Columbiauniversität am River Side Drive errichtet wird, brach in der Nacht ein **Brand** aus, der sich rasch ausbreitete, und schließlich das gewaltige, den Neubau umgebende Holzgerüst in einer riesigen 5 Meilen weit sichtbaren Flammengarbe auflodern ließ. Der **Brand,** der einer der **gewaltigsten** ist, von denen New York heimgesucht wurde, hatte viele Tausende aus New York und New Jersey ans Hudsonufer gelockt. Das Feuer ist wahrscheinlich durch einen der offenen Koksöfen entstanden, die zum Austrocknen des Gebäudes aufgestellt worden waren. Alle Bemühungen der Feuerwehren, den Brand zu löschen, erwiesen sich als erfolglos, da das Wasser sofort gefror und das Gerüst um den 110 Meter hohen, in normannischem Stil gehaltenen Turm, der zweite, der vom jüngeren Rockefeller zum Andenken seiner Mutter errichtet worden war, von den Feuerwehrleuten nicht mehr erreicht werden konnte. Schließlich loderten die Flammen 200 Meter hoch über dem Turm empor, so daß die Felswände des Hudsonufers und die in der Nähe liegenden Ortschaften hell beleuchtet waren. Die Kirche war mit einem Kostenaufwand von 4 Millionen Dollars errichtet worden. In dem Rockefeller-Gedächtnisturm sollte das größte Glockenspiel der Welt untergebracht werden. Durch die brennenden Gerüstteile, die wie Raketen durch die Luft flogen, wurden in dem den Neubau umgebenden vornehmen Wohnviertel zahlreiche kleinere Brände verursacht, die indessen rasch gelöscht werden konnten.

Badischer Teil

Gründungsfeier der Schluchseewerk A.-G.

Im Anschluß an die Gründung der Schluchseewerk A.-G., die, wie schon berichtet, am Samstag, den 15. Dezember 1928 im Verwaltungsgebäude des Badenwerks in Karlsruhe erfolgte, fand eine interne Feier statt, bei der die Staatsregierung durch den Staatspräsidenten **Schmitt,** Minister **Trunk** und **Leers,** sowie die Staatsräte Dr. **Marum** und **Weißhaupt** vertreten war. Seitens des Landtages waren Präsident Dr. **Baumgartner,** der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Abgeordneter **Rückert,** sowie der Berichterstatter über das Schluchseewerk, Landgerichtsdirektor Abgeordneter **Eggler** erschienen. Im übrigen waren die an der Gründung beteiligten Herren des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes, der Kraftwerke Rheinfelden und Laufenburg, der Stadt Freiburg und des Badenwerks anwesend, außerdem Vertreter der an der Schluchseekraft interessierten württembergischen Werke und der Stadt Karlsruhe.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Schluchseewerk A.-G., Präsident Dr. **Paul,** begrüßte die Erschienenen und dankte den Herren, die an der technischen und kommerziellen Vorbereitung des Werkes verdienstvolle Arbeit geleistet haben, dann aber auch dem Landtag und der Staatsregierung für ihre Mitwirkung. Er schilderte in kurzen Zügen die Entwicklungsgeschichte und berührte dabei die zahlreichen Einsprachen gegen das Werk, die dank der verdienstvollen Mitwirkung des ebenfalls anwesenden Landrats **Rothmund** ohne Rekurs im wasserpolizeilichen Verfahren erledigt werden konnten. Präsident Dr. Paul bedauerte, daß die **Reichsbahngesellschaft,** die ursprünglich als Mitgründer vorgesehen war, unter dem Zwang der gegenwärtigen Verhältnisse sich nicht von vornherein an dem Werk beteiligen konnte; wenn trotzdem die Gründung der Schluchseewerk A.-G. in verhältnismäßig kurzer Frist nach Erteilung der Konzession zustande kam, so ist dies vor allem ein Verdienst der Leitung des Badenwerks. Er wünschte dem in jeder Hinsicht aufs beste vorbereiteten Werk eine gute Entwicklung und hoffe nur eine recht baldige aktive Mitwirkung der württembergischen Unternehmungen, deren Vertreter als Gäste anwesend seien.

Staatspräsident Dr. **Schmitt** gedachte der Bedeutung des Tages für den wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen **Rheinland, Baden** und dem an die **Schweiz** grenzenden **Hochrhein.** Dieses Zusammenwirken, das seine natürliche Grundlage in der gemeinsamen Geschichte und der gemeinsamen Kultur der Länder am Rhein findet, bedeutet in wirtschaftlicher Hinsicht eine außerordentliche Förderung. Es wird damit nicht nur unsere Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern auch für alle Zukunft eine Quelle wertvoller Kraft geschaffen. Die Grundzüge der Aktiengesellschaft beruhen auf der Gleichberechtigung aller Beteiligten. Er betrachtet die Gründung als ein wichtiges Glied in der Entwicklung des Zusammenschlusses aller an der Elektrizitätswirtschaft beteiligten Kreise, insbesondere auch des Anschlusses von Württemberg und Bayern. Auch der Staatspräsident dankte allen, die am Zustandekommen der Gesellschaft mitgewirkt haben und drückte sein volles Vertrauen den Männern aus, die die Verantwortung für die lange Vorbereitung des Werkes getragen haben. Sein Hoch galt dem **Vater Rhein,** der die Kräfte umschließt, die dieses Werk zustandegebracht haben, und der Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung ist.

Als nächster Redner überbrachte Herr Landeshauptmann **Horion,** Köln, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes, die Wünsche des **Rheinlandes** für eine gedeihliche Entwicklung des Werkes. Er begrüßte den engen Zusammenschluß der rheinländischen Kraftversorgung mit den badischen Wasserkräften, von dem sich alle Beteiligten eine Förderung ihrer Interessen versprechen dürfen. Die Entwicklung der Elektrizitätswerke dränge allgemein zu einem solchen Zusammenschluß und somit sei der heutige Tag als **wichtiger Markstein in der Entwicklungsgeschichte der deutschen Kraftwirtschaft** zu betrachten. Die Rheinländer, die schon bisher das Land Baden wegen seiner Naturschönheiten gerne besuchten, würden durch die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen noch mehr als bisher nach Baden hingezogen, und so galt auch sein Hoch dem schönen Lande Baden, in das nicht nur die Herren aus dem Rheinland, sondern auch die Vertreter aus Württemberg und Baden freudig einstimmten.

Vorbereitungsdienst der Lehramtsreferendare

In der Nr. 35 des Amtsblattes des Ministeriums für Kultus und Unterricht sind die ausführlichen Bestimmungen über den Vorbereitungsdienst der Lehramtsreferendare enthalten. Wir machen hiermit darauf aufmerksam.

Schurman an die Heidelberger Studentenschaft

Der amerikanische Botschafter hat nach seiner Rückkehr nach Berlin an die Studentenschaft Heidelbergs folgendes Telegramm gerichtet:

„Eben nach Berlin zurückgekehrt, sende ich Ihnen, Kommilitonen, die wärmsten Grüße und beglückwünsche Sie wegen der großen Feier am Montag, zu deren Erfolg Sie so hervorragend beigetragen haben. Ich war tief bewegt, durch all die freundlichen Aufmerksamkeiten, die Sie mir erzeigten, und besonders durch die Ehre ihres großen Fackelzuges, wobei die Natur Sie in der Veranstaltung eines solchen romantischen und prächtigen Schauspiels unterstützte. Für all ihre aufmerksame Freundlichkeit, Kommilitonen, danke ich Ihnen aus tiefstem Herzen. gez. Schurman."

Die Wohnungsnot

Nach einer vorsichtigen Berechnung des Statistischen Landesamtes wird die Zahl der Haushaltungen und Familien, die noch ohne eigene Wohnung in Baden sind, auf 15- bis 16 000 geschätzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Pläne der württembergischen Elektrizitätswirtschaft

In **Stuttgart** ist der Bau eines **Dampfgroßkraftwerkes** durch das **Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk** in Verbindung mit der Stadt Stuttgart beabsichtigt. Außerdem sollen sich die **Neckarwerke** und die **Reichsbahn** an diesem Großkraftwerk beteiligen, das der Reichsbahn den Strom für die Elektrifizierung der Strecke **Ulm—Stuttgart—Mühlacker** zur Verfügung stellen soll. Als Platz ist ein bereits zur Verfügung stehendes Gelände bei **Gaisburg** ausersehen. Der Ausbau des ersten Teils des Werkes soll, wie der „Schwäb. Merkur" berichtet, 28 Millionen Reichsmark kosten.

Wegen Errichtung eines **Pumpspeicherwerks** sollen noch Untersuchungen angestellt werden. Dieses Pumpspeicherwerk würde beim Vollausbau 18 Millionen Reichsmark beanspruchen. Außerdem beabsichtigt Stuttgart, sich an dem Ausbau der oberrheinischen Wasserkräfte zu beteiligen, evtl. auch am Schluchseewerk und an Werken in Vorarlberg. Dazu kommt der Stromfremdbezug aus Bayern. Die Inangriffnahme dieser Projekte würde, wenn sie der Stuttgarter Gemeinderat genehmigt, wohl kaum vor dem Jahre 1931 erfolgen.

Die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft e. G. m. b. H. in Darmstadt

Das Ministerium des Innern hat die unterm 9. Aug. 1926 gegen die Deutsche Bau- und Siedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. in Darmstadt verhängte Sperre aufgehoben. Hierin ist keine Stellungnahme des Ministeriums zu der wirtschaftlichen Güte oder den Aussichten eines Beitritts zu erblicken; für den Beitritt zu einer Bausparagenossenschaft muß jedem Staatsbürger die volle Verantwortung überlassen bleiben.

Warnung

Die Aktiengesellschaft **„Bank voor den Handel in Effekten"** in Amsterdam wandte sich in letzter Zeit brieflich an Einwohner Badens mit der Aufforderung, deutsches Kapital in Effekten an der Amsterdamer Börse anzulegen mit der Versicherung, diese Transaktionen so zu führen, daß kein Schaden erlitten werde. Das Badische Landespolizeiamt weist darauf hin, daß bei der Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit dieser Firma größte Vorsicht geboten erscheint.

Aus den Parteien

Der derzeitige Landtagsabgeordnete Otto **Burckhardt**, Heidelberg, hat seine **demokratischen Parteifreunde** wissen lassen, daß er eine Kandidatur für die kommende Wahlperiode nicht mehr annehmen könne, da seine Zeit und Kraft durch die Leitung der Landesorganisation von Gewerbe und Handwerk, sowie durch die Ausübung seines Stadtratsmandats (neben der Führung seines Geschäfts) schon in außergewöhnlichem Maße in Anspruch genommen sei.

Gemeinderundschau

Die Weihnachtsunterstützung der Stadt Heidelberg. Aus dem vom Badischen Landtag bewilligten Fond von 50 000 *RM* für die Bedürftigen hat die Stadt Heidelberg einen Teilbetrag von 8000 *RM* erhalten, so daß sie noch erheblich zulegen muß, da die Fürsorgeaufwendungen für Erwerbslose und andere Bedürftige zu Weihnachten einen Betrag von rund 60 000 *RM* erfordern.

Rücktritt eines Bürgermeisters. Der seit 1923 im Amt befindliche Bürgermeister Ferdinand **Gutgsell** in Pfaffenweiler hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegen müssen.

Der Bürgerausschuß Weil-Leopoldshöhe genehmigte die Erstellung eines Volksbades im Ortsteil Weil-Friedlingen. Die Kosten von 80 000 *RM* wurden hierfür bewilligt. Ferner genehmigte er für die Erweiterung des Friedhofes und die Erstellung einer Leichenhalle den Betrag von 50 000 *RM*. Die Aufbringung der Mittel für einen Sportplatz sollen durch einen außerordentlichen Holzhieb erfolgen. Ferner wurden für Notstandsarbeiten 24 000 *RM* bewilligt, die sich auf Straßenbauten, die Anlage eines Spielplatzes usw. beziehen. Die Aufnahme einer Anleihe von 250 000 *RM* wurde genehmigt.

Gründung einer Bezirksnaturschutzstelle in Müllheim. Auf Anregung des Badischen Kultusministeriums wurde in einer Besprechung beim Landrat **Schmitt**, Müllheim, eine badische Bezirksnaturschutzstelle ins Leben gerufen. Der Zweck ist der Schutz von Naturdenkmälern, seltenen Pflanzen und Tieren. Die Vorstände der Forstämter Oberweiler, Kandern, Sulzburg, der Vorstand des Bezirksbauamtes Lörrach, der Vertreter des Kreisschulamtes Lörrach gehören als beamtete Personen dieser Stelle an. Ferner wurde vorgeschlagen, als Geschäftsführer Dr. **Scheffelt**, Badenweiler, und als nichtbeamtete Personen Hauptlehrer Kammerer, Photograph Glaubrecht, Prof. Wendling, Hauptlehrer Kaiser, diese aus Müllheim, Hauptlehrer Wilhelm von Schweighof. Der Geschäftsführer ist noch vom Kultusministerium zu ernennen.

Der Bürgerausschuß Meßkirch genehmigte eine Kapitalaufnahme von 120 000 *RM* zur Deckung der zur Zeit schwebenden Schuld aus den Kosten der Kanalisation, die bei einem Voranschlag von 150 000 *RM* nach der vorläufigen Abrechnung auf 220 000 *RM* zu stehen kam. Die Anleihe ist auf drei Jahre unkündbar und wird zu 9 Proz. verzinst. Die aus der Revision der elektrischen Lichtanlagen in der Stadt entstandenen Kosten in Höhe von 15 000 *RM* werden von den Hausbesitzern zum Selbstkostenpreis zurückerhoben.

Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule in Engen. Der Kreis Konstanz hat dem Gemeinderat mitgeteilt, daß er in Engen eine Landwirtschaftsschule errichten wird.

Von der Schauinslandbahn-A.-G. Die erstmals am 30. November 1928 ins Leben getretene Schauinslandbahngesellschaft ist nunmehr am Mittwoch in **Freiburg** endgültig gegründet worden. Die Umstellung von der ursprünglich notwendig erschienenen Sukzessivgründung auf die einfachere Simultangründung ist dadurch möglich geworden, daß die **Süddeutsche Diskontogesellschaft** A.-G., Mannheim, Filiale Freiburg, dem bestehenden Gründungsvertrag als sechster Gründer beigetreten ist. Gründer der Schauinslandbahn-A.-G. sind nunmehr die **Stadt Freiburg**, die Gesellschaft für Förderanlagen, **Ernst Heckel**, G. m. b. H., Saarbrücken, **Schauinslandbahn-Studiengesellschaft**, **Verkehrsverein** für den Schwarzwald, Bankdirektor Dr. **Keller** und **Süddeutsche Diskontogesellschaft**, Mannheim, Filiale Freiburg. Dem im Anschluß an den Gründungsakt von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten 1. **Aufsichtsrat** gehören nachstehende Herren an: Beierle, Fabrikbesitzer und Stadtverordneter, Dr. K. Bender, Oberbürgermeister, E. v. Chrismar, Generalmajor a. D., und Stadtrat Dr. M. Graff, Rechtsanwalt, E. Haas, Hotelbesitzer, Dr. Fr. Keller, Bankdirektor, M. Mayer, Kaufmann und Stadtverordneter, Leo Staiger, Baumeister a. D. und Stadtrat, H. Vohmann, Fabrikdirektor, Saarbrücken, und W. Wolff, Bankdirektor. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde Oberbürgermeister Dr. **Bender** gewählt. Der Vorstand der Gesellschaft besteht bis auf weiteres aus den Herren Architekt Mühlbach und Bürgermeister Hölzl.

Aus der Landeshauptstadt

Änderung einer Stationsbezeichnung. Zur Unterscheidung von gleichnamigen Bahnhöfen erhält der Bahnhof Bruchhausen ab 1. Januar 1929 die Bezeichnung „Bruchhausen b. Ettlingen".

Der neue Karlsruher Branddirektor. An Stelle des zum Leiter des Thüringer Feuerwehrwesens ins thüringische Ministerium berufenen derzeitigen Branddirektors Dr. Johann Meyer wurde Brandingenieur **Wilkens** aus Hamburg, zur Zeit bei der Hamburger Berufsfeuerwehr, zum Branddirektor und Leiter der hiesigen Berufsfeuerwehr gewählt. Wilkens ist geborener Pfälzer.

Weihnachtsbaum in der Bahnhofsvorhalle. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe wird auch in diesem Jahre in der Bahnhofsvorhalle über die Weihnachtstage einen großen Weihnachtsbaum aufstellen.

1100 Kinder beschert. Der Badische Frauenverein vom Roten Kreuz und die Vereinigung Karlsruher Zeitungsverleger veranstalteten gestern im Großen Festhallesaal (wie schon seit dem Jahre 1922) die alljährliche Weihnachtsfeier für die Ärmsten der Stadt. Es war ein reichhaltiges Programm aufgestellt, dessen Verlauf Alt und Jung ans Herz griff und besonders bei den Kleinen ungeheure Freude auslöste. Dank vieler williger Geber konnten rund 1100 Kinder mit allerlei nützlichen Sachen beschenkt werden. Der Feier wohnten auch die Vertreter der Behörden bei.

Weihnachtsgabensammlung des Badischen Lehrervereins. Kürzlich tagte in Karlsruhe der Ausschuß für die Verteilung der Weihnachtsgabensammlung. Insgesamt konnten 304 Geschenke verteilt werden in Gaben von 20 bis 50 *RM* im Gesamtbetrage von 10 080 *RM*. Die Sammlung in den Bezirksvereinen hatte 7400 *RM* ergeben, das Überschießende stellt die Gabe des Badischen Lehrervereins dar, herrührend aus dem Ertrag der Konkordiaaktien.

Das Hotel „Germania" in Karlsruhe veranstaltet am zweiten Weihnachtsfeiertage (26. Dezember) einen **Weihnachtsball**, dem beim Kehraus des Jahres 1928 (31. Dezember) der übliche **Sylvesterball** und am 1. Tage des neuen Jahres ein ebenso fröhlicher **Neujahrsball** folgen wird. Wer je Gelegenheit hatte, ein Fest im „Germania" mitfeiern zu können, der wird gerne bestätigen, daß alle oben genannten Voraussetzungen für dieses Hotel restlos zutreffen, daß die Hauskapelle Millot glänzend spielt und daß auch an materiellen Genüssen selbst dem verwöhntesten Geschmacke dort spielend Rechnung getragen werden kann. Selbstverständlich werden die Festlokalitäten in einem dem Charakter des jeweiligen Abends entsprechenden Schmucke prangen, die Darbietung besonderer Spezialitäten wie Plumpudding, Mince Pies usw. wird die Stimmung heben, und wer sich müde getanzt oder müde geplauscht hat, wird in einer lauschigen Ecke sicher ein besonders gemütliches Plätzchen finden, von wo aus er die ganze Festesfreude auch im Ausruhen an sich vorüberziehen lassen kann.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unsere Witterung steht unverändert unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebiets. Ein Wetterumschlag ist angesichts der stabilen Druckverhältnisse vorerst noch nicht zu erwarten. **Wetteraussichten:** Fortdauer der nebligtrüben aber trockenen Witterung bei schwachen, meist östlichen Winden. Im Gebirge anhaltend mäßiger Frost; Temperaturen wenig unter Null.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim**, 21. Dez. Das **Nationaltheater Mannheim** begeht Ende Juli k. J. sein **150jähriges Jubiläum**. Anläßlich dieses Ereignisses ist eine Reihe größerer Festveranstaltungen geplant.

DZ. **Mannheim**, 21. Dez. Trotz Verbots versuchte man gestern in der Stadt **Erwerbslosenkundgebungen** abzuhalten. Die Polizei mußte dreimal einschreiten und beim dritten Male auch von dem Gummiknüppel Gebrauch machen. Zu ernsten Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

DZ. **Mannheim**, 22. Dez. Die Ehefrau Maria **Kirschbühler** war auf der Straßenbahn bei der Kontrolle mit einem **gefälschten Fahrschein** betroffen worden. Das Gericht sprach eine Strafe von **2 Monaten zwei Wochen** aus wegen Urkundenfälschung.

bld. **Heidelberg**, 22. Dez. Der **Rohbau des Kaiser-Wilhelm-Forschungsinstituts** geht seiner Vollendung entgegen. Die Eisenbetonarbeiten sind innerhalb 16 Wochen ausgeführt worden. Sollte es mit dem Innenausbau gerade so rasch gehen, so könnte bis zum Frühjahr mit der Fertigstellung des Baus zu rechnen sein.

DZ. **Freiburg**, 21. Dez. In der **Urteilsbegründung** zum **Alihag-Prozeß** wird u. a. gesagt, daß die Alihag seit ihrer Geburt eine ungesunde, unsolide Grundlage gehabt habe, die ihre Finanzierung ganz im Gegensatz zu allen Lehren der Nationalökonomie mit kurzfristigen Wechselkrediten ausgeübt habe. **Schulz** und **Schiller** hätten einem geradezu pathologischen Optimismus gehuldigt. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte habe das Gericht abgesehen, um den Angeklagten ein späteres Unterkommen nicht allzusehr zu erschweren. Rechtsanwalt **Marbe** mußte freigesprochen werden. Doch dürfe keine Unklarheit darüber bestehen, daß Marbe ebensosehr wie Schulz und Schiller an übertriebenem Optimismus gelitten habe. Sein Entgegenkommen und seine Gutmütigkeit seien beinahe in Leichtsinn übergegangen. Der Vorwurf könne ihm nicht erspart bleiben, Schiller, dem er beim Offenbarungseid selbst assistiert habe und Schulz, der ihn vorher um 3000 *RM* gebracht habe, Vertrauen in viel zu hohem Maße geschenkt zu haben. Die beiden Verurteilten wurden in Haft abgeführt.

DZ. **Freiburg**, 19. Dez. Die **längste deutsche D-Zugverbindung** ist die Strecke Basel—Freiburg i. Br.—Frankfurt a. M.—Leipzig—Kottbus—Königsberg i. Pr.—Eydtkuhnen. Sie ist 1636 Kilometer lang, die durchschnittliche Fahrzeit beträgt 28 Stunden und 18 Minuten. Die Verbindung Basel—Eydtkuhnen ist folgende: Basel ab 16.32 Uhr, Freiburg ab 17.31 Uhr, Leipzig ab 6.37 Uhr, Eydtkuhnen an 20.50 Uhr. In der Gegenrichtung besteht folgende Verbindung: Eydtkuhnen ab 8.08 Uhr, Leipzig an 22.50 Uhr, Freiburg an 12.05 Uhr, Basel an 13.09 Uhr.

DZ. **Lahr**, 21. Dez. Der altbekannte 100jährige Kalender des **„Hinkenden Boten"** in Lahr ist von den französischen Behörden des Elsaß für das Elsaß verboten worden.

WTB. **Landau**, 21. Dez. Das französische **Kriegsgericht** verurteilte heute den 1890 in Prag geborenen Josef **Vojaczek** wegen **Spionage** zugunsten einer fremden Macht zu **1 Jahr Gefängnis**. Vojaczek soll nach der Anklage im Oktober in Ludwigshafen versucht haben, sich in den Dienst der französischen **Sûreté** einzuschmuggeln. Das Gericht verhandelte hinter verschlossenen Türen. Als einziger Zeuge war der französische Militärpolizeikommissar **Kempf** aus Ludwigshafen erschienen. Der Verurteilte, der auch von deutscher Seite wegen Spionage verfolgt wird, wird zur Verbüßung der Haft nach Straßburg überführt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Dez. Geld	22. Dez. Brief	21. Dez. Geld	21. Dez. Brief
Amsterdam 100 G.	168.38	168.72	168.34	168.68
Kopenhagen 100 Kr.	111.92	112.14	111.87	112.09
Italien . . 100 L.	21.955	21.995	21.94	21.98
London . . 1 Pfd.	20.34	20.38	20.336	20.376
New York . 1 D.	4.1905	4.1985	4.1895	4.1975
Paris . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.40	16.44
Schweiz . . 100 Fr.	80.84	81.	80.785	80.945
Wien 100 Schilling	59.05	59.15	59.025	59.145
Prag . . . 100 Kr.	12.418	12.438	12.418	12.438

Der Privatdiskont ist auf 6 3/8 Proz. erhöht worden.

Eisenwerke Gaggenau A.-G. In dem am Freitag in **Rastatt** abgehaltenen **gerichtlichen Vergleichstermin** kam es nach langen zum Teil erregten Auseinandersetzungen, bis abends 7 Uhr noch zu keinem Ergebnis, so daß der Termin auf den heutigen Samstag vertagt werden mußte. Von der Opposition (Rechtsanwalt Oppenheimer, Karlsruhe) wurde beantragt, den Termin zu vertagen, da sich Unklarheiten herausgestellt hätten. Die Forderungen der Bankhäuser (Fuld, Pforzheim, und Richard Schreib, Berlin), wurden insofern angefochten, als ihnen gegenüber eine Regreßforderung gegen die Bankhäuser in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder bestehe. Auch die Sicherungsübereignungen an das Bankhaus Fuld wurden, soweit sie nach dem 1. Oktober getätigt wurden, als nicht zu Recht bestehend bezeichnet. Die Forderungen des Bankhauses Schreib in Höhe von 473 000 *RM* wurden vom Gericht ohne Begründung anerkannt. Trotz allem aber kann man es als ziemlich sicher annehmen, daß der vom Gläubigerausschuß am 15. Dezember beschlossene **Vergleichsantrag** (35 Proz. in bar, 65 Proz. in Aktien) durchgehen wird. Die finanzielle Basis zu diesem Vergleich wird erst die Generalversammlung am 29. Dezember herzustellen haben.

Nähmaschinenfabrik vorm. Haid & Neu. Die Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von 2,3 Millionen vertreten war, genehmigte einstimmig die Anträge der Verwaltung. Demnach wird der Überschuß des am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahres von 3948 *RM* zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 28 157 *RM* auf neue Rechnung vorgetragen. Mitteilungen, die über das im Geschäftsbericht Gesagte hinausgehen, wurden nicht gemacht.

Badische Treuhandgesellschaft. In **Karlsruhe** fand am Freitag einer außerordentliche Generalversammlung der Badischen Treuhandgesellschaft statt, in der einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals um 25 000 *RM* auf 50 000 *RM* beschlossen wurde.

Staatsanzeiger

Dem bayerischen Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose e. V. in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 20. Dezember 1928.

Der Minister des Innern
I. V.: Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kriminalassistent Bernhard **Schmid** in Freiburg zum Kriminalsekretär; Oberwachtmeister Christian **Wiech** beim Bezirksamt Weinheim zum Kanzleiassistenten; Polizeioberwachtmeister Ludwig **Walter** beim Bezirksamt Lahr zum Polizeikommissär daselbst.

Justizministerium

Ernannt:

Kanzleigehilfin Frieda **Wetterauer** beim Notariat Mannheim zur Kanzlistin.

Versetzt:

Justizsekretär Hermann **Kilian** beim Notariat Mannheim zum Notariat Wiesloch, Justizassistent August **Braun** beim Amtsgericht Mannheim zum Notariat daselbst.

Zurruhegesetzt auf Antrag:

Justizsekretär Rudolf **Kirchhoffer** beim Notariat Rastatt und Gerichtsvollzieher Jakob Gilbert beim Amtsgericht Rastatt, beide bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes auf 1. Februar 1929:

Werkmeister Otto **Röhrig** bei den Strafanstalten in Bruchsal.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Handelslehrer Erwin **Schäfer** an der Handelsschule in Waldshut zum Direktor daselbst, Studienrat Adolf **Biethinger** an der Gewerbeschule in Waldshut zum Direktor daselbst, Gewerbelehrer Georg **Kumpf** an der Gewerbeschule in Karlsruhe zum Studienrat daselbst, Gewerbeschulassessor Diplomingenieur Alfred **Waldenberger** zum Studienrat an der Gewerbeschule in Hardheim, Gewerbeschulassessor Diplomingenieur Ernst **Sigrist** zum Studienrat an der Gewerbeschule in Möhrenbach.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Lebensbedürfnisverein

Ein guter Kaffee, eine feine Tasse Tee, verschönern die Festtage des Lebens.

Wir empfehlen:

Gebrannten Kaffee

Ausgew. Santosmischung offen und in Packungen . 1/4 Pfd. RM. **-,70**

Fst. mittelamerik. Misch. offen und in Packungen . 1/4 Pfd. RM. **-,80**

hochf. Festmischung mittelamerik. Hochlandmisch. 1/4 Pfd. RM. **1,10**

dto. . . 1/2 Pfd. RM. **2,00**

Edelmischung das Beste feinster amerik. Hochland-Kaffees . . . . . 1/4 Pfd. RM. **1,20**

dto. . . 1/2 Pfd. RM. **2,30**

Für Schonungsbedürftige:

Kaffee Hag koffeinfrei, in Packungen zu 100 g, 200 g und in Weihnachtsdosen

Feinste Kaffeemischung eigener Packung

40 % Kaffee, **blaue Packung** 1/2 Pfd. RM, **-,80**

25 % Kaffee, **schwarze Pack.** 1/2 Pfd. RM. **-,55**

Marke Quieta in Sorten Grün, Rot, Gelb und Gold zu Originalpreisen

feinster Malzkaffee

offen und in Paketen von Kathreiner und GEG

Kaffee-Ersatz:

Karlsbader Kaffeegewürz

Kaffee-Essenz Pfeiffer & Diller

Kornfrank, Voelkers Perl-Kaffee, Franck-Cichorie

Schwarzer Tee

in ausgesucht aromatischen Mischungen, offen und in eigenen Packungen

1/4 Pfd. Packung von RM. **1,10—1,60**

1/8 Pfd. Packung von RM. **-,60—-,85**

Originalpackungen von

Messmer-Tee, GEG-Tee

Singhala-Tee

in Bastpackung 227

leichtlöslicher Kakao

von feinstem Wohlgeschmack, offen, garantiert rein

Pfund RM. **1,20 und 1,60**

Kakao Waldbauer, GEG

Van Houten, Bensdorp und Lohmann

in Originalpackungen

feinstes Schokoladepulver

besonders für Backzwecke geeignet

Abgabe nur an Mitglieder!

HOTEL GERMANIA

KARLSRUHE

*

Mittwoch, den 26. Dezember 1928

Weihnachts-Ball

*

Montag, den 31. Dezember 1928

Silvester-Ball

*

Dienstag, den 1. Januar 1929

Neujahrs-Ball

Tischvorausbestellungen dringend angeraten

Telephon Nr. 4042 und 4043

Auto-Einstellung für auswärtige Besucher

(Gesellschafts-Anzug)

*

Besuchen Sie während der Weihnachtswoche die behaglichen

Germania-Weinstuben

Sie essen dort zwanglos und preiswert

Mittag- und Abendessen ab 2,50 RM.

Reichhaltige Speisekarte

bei niedrigst auskalkulierten Preisen

Offene Weine aus besten Lagen

*

Die Weinhandlung

Hotel Germania

füllt die Lücken Ihres Kellers

Verlangen Sie unsere Weinhandelsliste

Freie Lieferung ans Haus schon von 5 Flaschen an

Ein Versuch macht Sie zu unserem Dauerabnehmer

Unsere **Tanz-Abende** finden jeden **Mittwoch, Samstag** und **Sonntag** statt. (Gesellschafts-Anzug)

225

Staatstechnikum

Badische Höhere Techn. Lehranstalt

Karlsruhe, Moltkestraße 9.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Sommer-Studienhalbjahr sind spätestens bis zum **15. Januar 1929** an die Direktion schriftlich zu richten. J.208

Aufnahme und Nachprüfungen finden am 2., 3. und 4. April 1929 statt.

Die Einweisung der Studierenden ist am **Freitag**, den 5. April 1929, 10 Uhr.

Der Unterricht wird **Freitag**, den 5. April 1929, 15 Uhr eröffnet.

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 ₰ zuzüglich Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Dezember 1928.

Die Direktion.

Unter einem deutschen Weihnachtsbaume gehört die deutsche Klein-Schreibmaschine

TORPEDO

TORPEDO FAHRRÄDER-SCHREIBMASCHINEN

WEILWERKE A.-G. FRANKFURT A. M. RÖDELHEIM

Günstige Teilzahlungs-Bedingungen!

Unverbindliche Vorführung durch den Hauptvertreter

Otto Lampson * Karlsruhe

Büromaschinen — Büroeinrichtungen

Telephon 508 Friedrichsplatz 10

Gewinnliste der 20. Geldlotterie zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg.

Bei der am 20. und 21. November 1928 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: **A. Gewinne von 500—1000 Mark:** 54115 (500) 56429 (1000). — **B. Gewinne von 50 Mark:** 71341 85121 85591. — **C. Gewinne zu 20 Mark:** 21286 21899 38744 71408 85279. — **D. Gewinne zu 10 Mark:** 2788 21564 21578 21729 28944 38895 54131 54262 54503 71106 71200 71382 73254 85206 85266 85269 85407 85434 85642. — **E. Gewinne zu 5 Mark:** 2148 2151 2154 2161 2201 2328 2439 2448 2449 2486 2591 2646 2697 2702 2714 2719 2774 2775 2796 2798 2814 2820 2838 2904 2922 2920 2990 2972 2997 21015 21037 21057 21091 21096 21197 21214 21219 21330 21333 21338 21348 21355 21358 21366 21387 21407 21475 21490 21592 21593 21614 21620 21623 21672 21679 21692 21740 21831 21835 21883 21884 21939 21948 21955 21964 21990 23023 23665 23696 23809 23834 23866 23867 23891 23920 23921 23953 23985 23998 38047 38054 38090 38093 38094 38139 38171 38265 38313 38316 38334 38343 38360 38468 38492 38518 38522 38525 38535 38590 38614 38667 38675 38704 38733 38782 38813 38818 38877 38906 38922 38967 54006 54039 54060 54137 54208 54298 54308 54339 54347 54359 54388 54434 54486 54607 54644 54650 54785 54806 54830 54837 54868 54925 54970 54987 56406 56488 56517 56535 56550 56551 56562 56676 56647 56695 71017 71067 71149 71172 71180 71234 71281 71285 71316 71331 71342 71371 71425 71426 71447 71470 71513 71518 71542 71548 71641 71643 71739 71755 71795 71817 71861 71899 71927 71969 73213 73228 73241 73271 73295 73304 73349 73353 73431 73486 73490 85046 85091 85120 85132 85136 85162 85199 85200 85211 85267 85281 85286 85292 85309 85310 85393 85426 85454 85466 85479 85483 85521 85646 85683 85696 85702 85712 85714 85735 85799 85829 85838 85857 85879 85882 85886 85916 85917 85937 85957 85962 85982.

Die Auszahlung erfolgt durch

Eberhard Fetzer, Karlsruhe i. B., Ostendstraße 6.

GEWASCHENEN

doppelt gebrochenen und gesiebten

Teergrus

liefert preisgünstig

Porphyrwerk Dossenheim

H. VATTER

DOSSENHEIM A.D.B. TEL. HEIDELBERG 4099

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

---

29 jähriges solides

Mädchen,

im Haushalt selbständig, sucht auf **1. Jan. 1929 Jahresstellung.** Offerten werden weitergegeben unter J. 224 an die Expedition des Blattes.

Schwetzingen. O.249

Güterrechtsregistereintrag: Band 2, Seite 485: **Dünkel**, Georg Friedrich, Bäckermeister in Schwetzingen, und Elisabetha geb. Brühler. Vertrag vom 17. Dez. 1928. Gütertrennung.

Schwetzingen, 20. Dez. 28.

Bad. Amtsgericht I.

Günstig ab Fabrik an Private! Bequeme Teilzahlung. Reichhalt. Katalog auf Wunsch. Korbmöbelfabrik **Mercedes Lorch** Wtb.

Badisches Landestheater

Sonntag, 23. Dezember

Nachmittags:

Kasperle auf Weihnachtsurlaub

Lustiges Weihnachtsstück von Ulrich von der Trenck

Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:

Bertram, Ermarth, Genter, Quaiser, Ziegler, Bortfeldt, Brand, Gemmecke, Graf, Herz, Höcker, Just, Kloeble, Meyner, Müller, Prüter, Schneider, Schulze

Anfang 15 Ende 17 1/4

I. Rang u. I. Sperrsitz 3 RM

Abends:

*C 12. Th.-Gem. 2. S.-Gr.

Die Afrikanerin

Oper von Meyerbeer

Dirigent: Schwarz

Regie: Krauß

Mitwirkende:

v. Ernst, Fanz, Trautmann, Borodin, Hofpach, Laufkötter, Löser, Rühr, Thea Strack, Dr. Wucherpfennig, Arras, Grötzinger, Kalnbach, Kilian

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2

Preise D (1—8 RM)

Dienstag, 25. Dezember

Die Meistersinger von Nürnberg. Im Konzerthaus: **Arm wie eine Kirchenmaus.** Mi., 26. Dez., nachm.: **Kasperle auf Weihnachtsurlaub**, abends: **Neueinstudiert: Boccaccio.** Im Konzerthaus: **Der Fußballkönig**

Im städt. Konzerthaus

Zum erstenmal

Herr Lamberthier

von Verneuil

Regie: von der Trenck

Mitwirkende:

Bertram, Dahlen

Anfang 19 1/2 Ende n. 21 1/2

I. Parkett 4,10 RM

Colosseum

*

Das neue **Weihnachts-Programm!**

Spadoni Sisters

mit ihrer

Zirkus-Varieté-Revue!

*

Tägl. 8 Uhr, Sonn- und Festtags 4 und 8 Uhr Vorstellungen

*

Lest Bücher Wissen gibt Macht!

Die Weihnachts-Möbel-Märkte der Firma Brüder C. & F. Landes, Möbel-G. m. b. H., sind immer noch gut sortiert. Besuchen Sie am goldenen Sonntag unbedingt diese anregenden Veranstaltungen, auch wenn Sie keine Möbel gebrauchen!

Nächste Verkaufsstellen: Karlsruhe, Möbel-Palais, Rondellplatz — Pforzheim, Westliche Karl-Friedrich-Straße 47 226

Druck G. Braun, Karlsruhe